

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 5 000 000 M. Bei Postbezug
monatlich 5 486 000 M. Unter Streiss, in Polen monatlich 9 000 000 M. Danzig 2,5 Gold.
Deutschl. 2,5 Amt. Einzelnummer 300 000 M., Spnn. u. Feierl. 350 000 M.
Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniedrigung od. Ausperrung hat der
Begießer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 200 000 Mark, die 90 mm
breite Nellameise 1 000 000 M. Danzig 15 bz. 75 D. Pf.
Deutschl. 15 bzw. 75 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
vorschift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 M. — Für das Erfüllen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewohnheit übernommen.
Postgeschäftsstellen: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 57.

Bromberg, Sonnabend den 8. März 1924.

48. Jahrg.

Die chinesische Mauer.

Die Regierungsmahnahmen zur Verhinderung der Auslandsreisen, die durch die enorme Erhöhung der Gebühren für Auslandsfässer bedingt ist, haben in der gesamten polnischen Presse einen mächtigen Empörungsruck ausgelöst. Von den Protestartikeln, die die Blätter unangefochten veröffentlichen, bringen wir nochstehend im Auszuge eine Verwahrung des Krakauer "Nowy Zgierz":

"Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung sich bei der letzten unerhörten Erhöhung der Auslandsgebühren von der Absicht leiten ließ, die Auslandsreisen überhaupt unmöglich zu machen und uns durch eine chinesische Mauer von der Welt abzusperren."

Polen hat, was die Paketgebühren anbetrifft, entschieden einen Weltrekord aufgestellt, denn eine Paketgebühr, die so hoch ist, daß damit die Kosten für eine Reise von Krakau nach New York bestritten werden könnten, macht uns nicht gleich jemand nach.

Welchen Schlag diese Maßnahme für den gesamten polnischen Handel bedeutet, wird sich jeder vernünftige Mensch denken können. Würden doch die Auslandsreisen nur noch den größten Kaufleuten möglich sein und gleichsam ein Monopol bilden, das nur ihnen gestattet, Handel mit dem Ausland zu betreiben. Wie sehr aber die Pflege von Handelsbeziehungen mit dem Ausland zum Sinnen der Inlandspreise beiträgt und für den Verbraucher von Nutzen ist, das tritt gerade gegenwärtig deutlich zutage, wo die inländische Industrie (trotz der unerhörten Schutzmaße) angesichts der Konkurrenz des Auslandes, die Preise für ihre Erzeugnisse fort und fort herabzusetzen gezwungen ist. Wir werden auf die ausländischen Handelsreisenden angewiesen sein, die mit ihren Waren und Warenproben zu uns kommen werden.

Das die Verbindung mit dem Auslande, die gegenwärtig zunächst gemacht wird, auch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Atmosphäre und zum wirtschaftlichen Fortschritt unbedingt notwendig ist, wird jeder einsehen, dem es klar geworden ist, daß wir noch viel vom Ausland zu lernen haben, das uns in allgemein-wirtschaftlicher Hinsicht sowie im Hinblick auf die Technik des wirtschaftlichen Lebens, der Intensität der Arbeit und vor allen Dingen der Entwicklung des Handels um ganze Jahrhunderte voraus ist. Seit Monaten haben eine ganze Reihe von Staaten (Frankreich, Belgien, Österreich, die Tschechoslowakei und die Schweiz) den Paketangang überdauert eingehoben, zwischen anderen Staaten werden Verhandlungen gepflogen, um diesbezüglich alle möglichen Erleichterungen einzuführen — bei uns aber besteht die einzige Sorge der betreffenden Faktoren darin, vor uns die Welt an verschließen und zu diesem Zweck möglichst wirkliche Mittel ausfindig zu machen.

Wir bereiteten es, wenn die Regierung die Luxusreisen ins Ausland einschränken will. Wir hätten auch gar nichts dagegen, wenn es sich um aussgeprochene Luxusreisen handeln würde. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß ein Luxusaufenthalt an der Riviera oder in Italien bedeutend weniger kostet als der durchschnittliche Aufenthalt in Baku oder Krynicia — können wir es doch noch jemand übernehmen, daß er, um seine Gesundheit wiederherzustellen, lieber ins Ausland fährt, anstatt sich in Polen "zuwenden" zu lassen?

Wir wollen schließlich für Personen, die sich aus nicht wirtschaftlichen Gründen ins Ausland begeben wollen, nicht eintreten. Um so mehr aber ist es unsere Pflicht, zu verlangen, daß die wirtschaftlichen Erfordernisse des Handels und der Industrie berücksichtigt werden, da Industrie und Handel ohne Verbindung mit dem Auslande weder leben noch sich entwickeln können — zumal in Polen, das als Transitsaat in steter Fühlungsnahme mit dem Auslande steht.

Das wirtschaftliche Leben erträgt eine Absperrung nicht. Gegenwärtig kann kein Staat in wirtschaftlicher Hinsicht auf sich selbst angewiesen sein, am wenigsten aber Polen, das, wie aus derer Maßnahmen hervorgeht, leider auch in kultureller Hinsicht mit dem eigenen nicht auskommen kann."

Der Deutsche in Polen hat zu den klaren Ausführungen des Krakauer Blattes nur noch ergänzend hinzuzufügen, daß durch die unerhörlichen Paketgebühren auch werktolle rein persönliche Verbindungen zu Freunden und Verwandten jenseits der Grenzen zerissen werden, deren Erhaltung dem allgemeinen Menschenrecht der Freiheitlichkeit entspricht.

Dr. Alfred Chłapowski Gesandter in Paris.

Der frühere Landwirtschaftsminister im letzten Witold-Kabinett Dr. Alfred Chłapowski ist zum Gesandten in Paris ernannt worden. Das Agrament der französischen Regierung für diese Ernennung ist am gestrigen Donnerstag in Warschau eingetroffen.

Über den Lebensgang des neuen Gesandten bringen wir das in Erinnerung, was wir bei seiner im Oktober v. J. erfolgten Berufung für den Ministerposten mitgeteilt haben.

Dr. Alfred Chłapowski ist Landwirt und Industrieller im Posenschen. Geboren 1864 in Bonikowo, Kreis Kosten, absolvierte er das Mariengymnasium in Posen und studierte Nationalökonomie, Rechtswissenschaft, Geschichte und Philosophie in Paris, Halle, Berlin und München, wo er 1889 mit Auszeichnung den Doktorstitel erwarb. Von 1904 bis 1909 war er Mitglied des Deutschen Reichstages. Er war fernerstellvertretender Vorsitzender der landwirtschaftlichen Vereine und Mitglied einer Reihe gemeinnütziger wirtschaftlicher Organisationen und ist Vorsitzender des Vereins der Zuckerproduzenten in Westpolen. Während der deutschen Revolution war er Mitglied des Soldaten- und Arbeiterrats in Kosten. In den Seim der Republik gewählt wurde er im Bezirk 35 (Posen-Ost und West, Kosten, Grimn, Lissa und Rawitsch).

Chłapowski gehört bekanntlich der Dubanowiczgruppe an, deren publizistischer Vertreter in erster Linie der "Dziennik Poznański" ist. Dieses Blatt schreibt zu seiner Ernennung u. a.:

"Unter den zahlreichen Kandidaten für den Pariser Posten, der politische Erfahrung und repräsentative Fähigkeiten erfordert, die dem Ansehen unseres Staates entsprechen, konnte

Dr. Alfred Chłapowski sich noch durch eine andere Eigenschaft für diesen Posten empfehlen, die in den jetzigen Zeiten, wo die wirtschaftlichen Faktoren manchmal eine entscheidende Rolle in den internationalen Beziehungen spielen, sehr wichtig ist. Seine gründliche ökonomische Ausbildung und seine große Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete nicht nur auf dem heimischen Boden, sondern in der Weltwirtschaft empfiehlt ihn als eine erste Kraft für die Stellung eines Vertreters Polens in Paris, wo sich die politischen und finanziellen Interessen Europas kreuzen. Das großpolnische Teilgebiet, dem Dr. Chłapowski so nahe steht, hat vielfach Gelegenheit gehabt, seine Energie, seine Fähigkeit und seine Vorzüglichkeit kennenzulernen. Deshalb nehmen wir auch die Nachricht von seiner Berufung für den neuen Ehrenposten mit großer Freude auf und wünschen ihm die besten Erfolge für seine schwierige und verantwortungsvolle Arbeit.

Infolge seiner Ernennung hat Dr. Chłapowski den Vorsitz im Verein der Zuckerindustriellen niedergelegt.

Die Entschädigung der Ansiedler.

Die Pariser Konferenz beendet.

Paris, 6. März. PAT. Die Arbeiten der Kommission des Völkerbundsrats, die sich mit der Frage der deutschen Ansiedler in Polen zu beschäftigen hatte, wurden beendet. Die Kommission hat unter Berücksichtigung der polnischen Projekte verschiedene Modalitäten über die Gewährung von Entschädigungen an die deutschen Ansiedler in Vorschlag gebracht. Diese Vorschläge werden dem Völkerbundrat in der nächsten Session (d. i. am 10. d. M.) vorgelegt werden.

Der "Gazeta Warszawska" zufolge erklärte sich das Komitee mit dem polnischen Vorschlag einverstanden, daß die Höhe der Entschädigung nach den tatsächlichen Leistungen der Ansiedler gegenüber der preußischen Regierung bemessen werde, unter Hinzurechnung der Beträge, die er in sein Vermögen hineingestellt hat. Was den Zahlungstermin an betrifft, so schlug Polen eine Frist von drei Monaten vor, die vom Augenblick der Feststellung des Schadens an gerechnet werden sollte. Das Komitee wünschte jedoch den Termin von dem Tage an festgestellt zu wissen, in dem der Ansiedler seinen Antrag auf Entschädigung einbringt.

Litauen und Ostpreußen.

Aus Riga meldet der "Ost-Expreß": Im Gegensatz zu dem bisherigen Streben Litauens nach Ausehnung an das estländisch-litauische Bündnis hat Litauen sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, sich der estländisch-litauischen Bündnis nicht anzuschließen zu können. In Riga vermutet man hinter dieser neuen Stellungnahme sowohl Wünsche, die auf eine engere wirtschaftliche Annäherung Litauens an Ostpreußen hinzuwirken und von dem ehemaligen litauischen Staatspräsident Smetona und dem früheren Ministerpräsidenten Boldemaras unterstützt werden.

Die "Königsberger Hartungsche Zeitung" bemerkte zu dieser sensationellen Nachricht, daß sie ihr neu sei. Doch liegt der Gedanke nicht so weit abseits von der natürlichen Wirtschaftsentwicklung, daß er nicht verdient, erörtert zu werden. Litauen hat im vergangenen Jahre 75 Prozent seines Imports aus Deutschland bezogen und weitaus der größte Teil dieses Imports dürfte seinen Weg über Ostpreußen nach Litauen geflossen haben. Litauen als Agrarland kann dabei für die Agrarprovinz Ostpreußen auch in seiner Ausfuhr kaum als ein gefährlicher Konkurrent angesehen werden. Zunächst braucht Litauen, um seine Landwirtschaft zu entwickeln, die Einfuhr von Saatgut und Buchtmaterial, kann also auch für die hochentwickelten ostpreußischen Saatgut- und Zuchtvieh-Wirtschaften ein gutes Absatzgebiet werden. Der Getreideimport Litauens nach Ostpreußen braucht die ostpreußische Landwirtschaft nicht zu beunruhigen; er würde — soweit es sich nicht um Buttermittel handelt, die unserer Viehzucht willkommen sind — seinen Weg nach dem Reiche finden. Dagegen kann auch Ostpreußen die litauische Fleisch- und Hanfproduktion fast restlos in der Provinz verwerten und wird auch für Eier, Geflügel und Holz Verwertung haben. Irgende welche starken wirtschaftlichen Gegenstände sind daher nicht zu überwinden, dagegen würde eine engere wirtschaftliche Annäherung geeignet sein, auch die politischen Neigungen, die sich aus der Stellung Litauens im Memelgebiet ergeben, erheblich abzuschwächen. Eine engere Wirtschaftsverbindung hat daher für Litauen wie für Ostpreußen unglaubliche Vorteile; sie würde jedoch auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Litauen und den beiden verbündeten Baltikstaaten nicht hindern, denn die wirtschaftlichen Interessen Litauens oder der lettisch-estnischen Wirtschaftsgemeinschaft werden durch eine engere wirtschaftliche Verbindung mit Ostpreußen nicht geschädigt.

Polen und die Tschechoslowakei.

Kritik an Samojskis Politik.

Krakauer Pressestimmen.

Die Krakauer "Nowa Reforma", das Organ der liberalen Polen, wendet sich in entschiedener Weise gegen die vom Außenminister Grafen Samojski im Sejmabschluß abgegebene Erklärung, es liege im Interesse Polens, daß derzeit keinen Konflikt mit Ungarn habe, daß die im Friedensvertrag festgesetzten Grenzen der Kleinen Entente unverändert aufrechterhalten bleiben. Es

Die Polenmarkt am 7. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar = 9 400 000 p. M.
1 Million p. M. = 0,68 Gulden

Warschau: 1 Dollar = 9 350 000 p. M.
1 Dz. Gulden = 1 600 000 p. M.

Valorisationsfrank: 1 800 000 p. M.

Goldmark (P. A. A. P.): 2 191 000 p. M.

ist dies, schreibt das genannte Blatt, eine unerhörte Auffassung der Lage. Es gibt niemanden in Polen, der die gegenwärtigen Grenzen der Tschechoslowakei, des wichtigsten Staates der Kleinen Entente, als gerecht ansehen würde. Deutschböhmen, die Slowakei, Karpathorostland usw. das sind doch Gebiete, welche die Tschechen sich angeeignet haben. Und vor allem unser uraltes Piastland Schlesien! Polen soll etwa diese Grenzen schützen? Frankreich, führt "Nowa Reforma" weiter aus, übt einen Druck auf Warschau aus, um uns zur Nachgiebigkeit gegenüber den begünstigten Tschechoslowaken zu bewegen, und Graf Samojski, der viele Jahre in Frankreich zugebracht hat, unterwarf sich wiederholts den Weisungen des "Nowa Reforma". Allein die öffentliche Meinung Polens, welche die Freundschaft und das Bündnis mit Frankreich ungewöhnlich schätzt, kann unmöglich ohne Vorbehalt alle französischen Wünsche, die auf die politische Taktik Frankreichs zurückzuführen sind, erfüllen. Wir müssen in jedem Fall prüfen, ob die französische Taktik sich auch mit unserem Staatsinteresse vereinbar machen läßt; sollte sich dabei ein Interessenkonflikt ergeben, dann hätten wir die Pflicht, in freundlicher, aber entschiedener Weise auf eine uns zufolgende Änderung der französischen Taktik zu dringen, sonst aber den Forderungen Frankreichs Widerstand zu leisten.

Die tschechienfreundliche Haltung des Grafen Samojski wird übrigens auch in der ihm nahestehenden polnischen Presse abschließend beurteilt. Es ist unerfindlich, schreibt der "Kurier Czajczeny", weshalb wir uns, wie es eine die Kleine Entente verlangt, zu Ungarn, mit denen wir nie in Konflikt geraten sind, zu Feinden machen sollen. Wäre die Kleine Entente tatsächlich ein machtvoller Faktor, so könnte man noch die Aussführungen Samojskis eindeutig beurteilen, da in der Politik Macht als ein ausschlaggebendes Argument zu gelten pflegt. Nun zerfällt aber in Wirklichkeit die Kleine Entente; Rumänen und Jugoslawen geben deutlich zu erkennen, daß sie sich zurückziehen, so daß Dr. Benesch einer katastrophalen Niederlage gegenübersteht. Angesichts dessen muß die Seimrede Samojskis als ein Versuch, Dr. Benesch und die Tschechen zu retten, angesehen werden; eine Rettungsaktion, für die Polen nicht das geringste Interesse befand.

Der "Gloss Narodu" betont, daß die von Frankreich soufflierte würdevolle Entschuldungspolitik gegenüber Prag mit den polnischen Staatsinteressen im Widerspruch stehe. Graf Samojski habe zu lange außerhalb Polens gelebt, um das Wesen des polnisch-tschechischen Gegenstandes zu verstehen.

Die Frage der Optanten.

In einem Leitartikel des "Kurier Poznański" Nr. 49 vom 28. Februar beschwört sich K. Kierski mit der Frage der Optanten. Er schreibt:

"Unter den Fragen, die gegenwärtig in Warschau mit den Deutschen verhandelt werden, ist die wichtigste zweifellos diejenige, ob die polnische Regierung das Recht hat, jene Personen, die für Deutschland optiert haben, auszuweisen, oder ob sie versplittet ist, auf Grund des Verfaillers Friedensvertrages ihre Anwesenheit in Polen zu dulden.

In einer ganzen Reihe von Publikationen sprach ich müßig darüber aus, daß die polnische Regierung das Recht hat, die Optanten auszumelden. Zur Begründung meiner Behauptung bringe ich verschiedene Beweise bei. Zunächst wies ich auf die erstenlichen Interessen der Optierenden hin: wenn sie aus dem polnischen Staat nicht abwanderten, würden sie die Vermögensprivilegien, die ihnen durch den Friedensvertrag verbürgt sind, verlieren. Ferner wies ich auf die allgemeinen rechtlichen Rücksichten hin, die sich auf die internationale Verhältnisse stützen: die Veränderung des Wohnortes ist für die optierenden Personen eine Pflicht, die sich aus der Option und aus der Veränderung der Staatszugehörigkeit ergibt. Zum Schluss wies ich auf die allgemein staatlichen Rücksichten hin, die die politische Sicherheit Polens betreffen. Jeder Staat, der das Besteck eines anderen übernommen hat, trachtet danach, daß diejenigen, welche sich für die frühere staatliche Zugehörigkeit erklärt haben, im Laufe einer voraus bestimmten Zeit auswandern (beneficium emigrandi). Polen kann in dieser Beziehung keine Ausnahme bilden, da diese mit den allgemeinen Grundsätzen in Widerspruch stehen würde.

Meine Ansicht begegnete von Seiten der Deutschen einem einmütigen Protest, denen sehr an dem Verbleiben der Optanten in Polen gelegen war. In der deutschen Presse erschien eine Reihe von Artikeln, die meine Behauptung gewaltig bekämpften. Die Deutschen beriefen sich auf Art. 91 Abs. 6 des Friedensvertrages, der lautet:

"Alle Personen, die von dem Rechte der Option Gebrauch machen, können (auront la faculté) im Laufe der nächsten 12 Monate ihren Wohnsitz nach dem Staate verlegen, für den sie optiert haben."

Also "sie können" und nicht "sie werden müssen". Es wird dies vollständig abhängen von dem guten Willen, aber niemand wird das Recht haben, sie zum Verlassen Polens zu zwingen.

Tatsächlich hat sich der Mindesten schwarzvertrag in Art. 8 über diese Personen dahin geäußert, daß "sie nach Deutschland werden auswandern müssen (devront);

aber es wird dort gleichzeitig der Vorbehalt hinzugefügt: "Vorausgesetzt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nicht Bestimmungen enthält, die dem entgegenstehen." Die Deutschen stützen sich nun auf diesen Vorbehalt und kommentieren die betreffenden Vorschriften in der Weise, daß es im Friedensvertrage heißt "auront la faculté", von selbst das "devront" des Minderheitschutzvertrages in Betracht kommt, als in Widerspruch stehend mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, der das Verlassen des Landes lediglich von dem guten Willen der Optierenden abhängt macht.

Das ist der deutsche Gesichtspunkt. Daraus geht indessen nicht hervor, daß wir uns davon unterkünftig verneigen müssen, und daß wir die Beweisgrundlage des Gegners nicht zu Fall bringen dürfen. Besonders wenn wir solche großen Trümme in der Hand haben, wie die, die uns der Botschaftsrat und sogar der Völkerbund selbst an die Hand gibt.

In dem Abschnitt K seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 in Sachen der Teilung von Oberschlesien (Dziennik Ustaw 1922 Nr. 44) hat nämlich der Botschaftsrat folgende Bestimmungen getroffen:

"Alle Personen . . . die ihr Recht der Option für Deutschland gemäß Art. 91 des Versailler Vertrages ausüben, und die nicht von ihrem Rechte, ihren Wohnsitz im Laufe von 12 Monaten, die auf die Option folgten, nach Deutschland zu verlegen, Gebrauch gemacht haben, und ebenso diejenigen Personen, die im § 2 des Art. 91 des Versailler Vertrages erwähnt sind (d. h. die nach dem 1. 1. 1908 angezogenen. D. Red.), haben das Recht, ihren ständigen Wohnsitz in Polen 15 Jahre vom Zeitpunkt der endgültigen Anerkennung des Territoriums zu erhalten."

Dieselben Bestimmungen finden sich in der polnischen Konvention über Oberschlesien vom 15. Mai 1922, die bekanntlich in Genf unter Vermittelung des Völkerbundes abgeschlossen wurde. Art. 23, Punkt 1, dieser Konvention hat folgenden Wortlaut:

"Personen, die gemäß dieser Konvention für eine andere Staatsbürgerschaft optiert haben, können im Laufe von 12 Monaten, gerechnet von dem Tage der Ausschließung des Optionsrechtes an sie, ihren Wohnsitz nach demjenigen Staat verlegen, für den sie optiert haben."

Weiterhin sind bis zum Art. 29 einschließlich verschiedene Rechte solcher Personen, vorwiegend auf vermögensrechtlichem Gebiete, gesondert aufgeführt, und unter dem Titel "das Recht zur Beibehaltung des Wohnsitzes", bestimmt Art. 40 in seinem ersten Absatz, was folgt:

"Personen, die in der Zeit der Änderung der Souveränität in dem politischen Teil des Abstimmungsgebietes wohnen und für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert und ihren Wohnsitz nicht verändert haben, . . . haben das Recht, ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien 15 Jahre lang vom Zeitpunkt der Änderung der Souveränität beizubehalten."

Was bedeutet dies alles? Es bedeutet:

1. daß der allgemeine Grundsatz der ist, daß derjenige, der für Deutschland optiert hat, verpflichtet ist, sich im Laufe von 12 Monaten nach erfolgter Option dorthin zu begeben;
2. daß für die Bewohner Oberschlesiens, die die deutsche Staatsbürgerschaft auf Grund der Option annehmen haben, in dieser Hinsicht eine wichtige Ausnahme gemacht wurde, indem man ihnen nämlich gestattet hat, statt zwölf Monate ihren ständigen Wohnsitz in Polen 15 Jahre lang, vom Tage der endgültigen Anerkennung des oberschlesischen Gebiets an Polen, beizubehalten;
3. daß dieses Recht des Verblebens in Polen 15 Jahre lang alle diejenigen Personen haben werden, die in dem polnischen Teil Oberschlesiens erst nach dem 1. Januar 1908 sich niedergelassen, also niemals ausgehört haben, deutsche Staatsangehörige zu sein (Absatz 2 des Art. 91 des Versailler Friedensvertrages);
4. daß nach 15 Jahren sowohl diejenigen, die für Deutschland optiert haben, wie auch alle anderen deutschen Staatsangehörigen in Oberschlesien das Recht verlieren, auf polnisches Gebiet zu wohnen.

Man darf nicht vergessen, daß mit Rücksicht auf die speziellen Verhältnisse in Oberschlesien sowohl der Botschaftsrat wie auch der Völkerbundrat den Wunsch hatten, dem Deutschtum besondere Privilegien zu erteilen. Wenn sie trotzdem auf diese Weise die Rechte der deutschen Bewohner dieses Teilstaates beschränkt, so wäre es unlogisch, anzunehmen, daß in den übrigen, nicht privilegierten Teilstaaten, darunter in Großpolen und Pommern, die Deutschen größere Rechte haben sollten, als in Oberschlesien, und daß sie deswegen dort in infinitum ohne jegliche allgemeine Terminbegrenzung verbleiben dürften. Die Vogt fordert also, daß die Optanten, wenn sie in Oberschlesien nur 15 Jahre wohnen dürfen, in den anderen Teilstaaten bereits 12 Monate nach erfolgter Option das Wohnrecht verloren haben, da es einen anderen Termin nicht gibt. Dieser Termin lief am 10. Januar 1923 ab. Wenn die polnische Regierung trotz des Ablangs dieses Termins dennoch die Anwesenheit der deutschen Optanten auf dem polnischen Gebiet duldet, so liegt das lediglich an ihrem guten Willen und nicht an den Verpflichtungen, die sich aus den internationalen Verträgen ergeben. Von der polnischen Regierung allein hängt es ab, ob sie ihre Anwesenheit weiter dulden wird oder nicht. Auf diese Weise haben die hohen internationalen Instanzen die Zweifel bezüglich des "auront la faculté" und des "devront" augenblicklich des leichten Ausdrucks beseitigt, und da die Ausschlußfrist (18 Monate) bereits lange abgelaufen ist, werden die Deutschen Polen verlassen müssen, sobald die polnische Regierung dies von ihnen verlangt. Der Botschaftsrat und der Völkerbundrat haben in einem gegebenen Falle im Einklang mit den allgemeinen Bestimmungen des internationalen Rechts in diesem Sinne entschieden, indem sie den Personen, die optiert haben, erlaubten, nach demjenigen Staat abzuwandern, zu dessen Gunsten sie optiert haben.

Dabei taucht indessen die Frage auf, wann im Friedensvertrage der Ausdruck "auront la faculté" gebraucht wird.

Die Antwort ist schwierig. Entweder ist dies eine redaktionelle Unachtsamkeit, von denen es im Friedensvertrage wimmelt (eine merkwürdige Sache, daß in den Bestimmungen über Danzig gerade der Ausdruck "devront" gebraucht worden ist), oder man müßte dem Ausdruck eine andere, tiefere Bedeutung geben.

Möglicherweise unterlagen die Verfasser des Versailler Vertrages bei der Festsetzung einem sogenannten Einfluß der Deutschen, die ihnen einredeten, daß sie das einzige wertvolle Element im früheren preußischen Gebiet darstellten. Es kann sein, daß deswegen die Verfasser des Vertrages überzeugt davon waren, daß die Polen alles daran setzen würden, um die "wertvollen" Deutschen in Polen zurückzuhalten, und ihnen die Auswanderung in die Heimat erschweren würden. Deshalb ist dem polnischen Staat im Art. 5 des Minderheitschutzvertrages verboten worden, auf irgendeine Weise den interessierten Personen bei der Ausübung der Option hinderlich zu sein. Aus diesem Grunde hat man vermutlich im Friedensvertrage den Ausdruck "auront la faculté" angewandt, wodurch man das absolute Recht der Deutschen, auszuwandern, besonders hat betonen wollen. "Ils auront cette faculté" — sie werden zurückzuhalten.

Die Verhältnisse haben sich geändert, aber die Bestimmungen des Vertrages sind geblieben. Man muß sie im Einklang mit der Vogt und mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen anlegen.

Dieser Artikel des Herrn Kierski ist wiederum so schön, daß wir ihn unseren Lesern unmöglich vorenthalten können. Die eigenartige "Vogt" dieses vortrefflichen Mannes vermag unsere Thesen in der Optantenfrage vortrefflich zu unterstützen, worüber wir uns in aller Kürze noch folgende Bemerkungen erlauben:

1. Herr Kierski bestätigt grundätzlich, daß der Friedensvertrag dem polnischen Staat kein Recht zur Ausweisung gibt.

2. Wenn Herr Kierski unter Berufung auf eine hier niemals mögliche "clausula rebus sic stantibus" eine Abänderung des Art. II des Friedensvertrages in sein Gegenteil fordert, so verlangt er damit — genau so wie der englische Minister Henderson — eine Revision des Versailler Vertrages, oogen die unser Londoner Gesandter Skirmunt eingesetzte Verwahrung einlegte.

3. Der oberschlesische Vertrag kann für die Auslegung des Friedensvertrages grundsätzlich nicht präjudizieren. Immerhin bestätigt er ein Wohnrecht der Optanten für einen Zeitraum von 15 Jahren. Herr Kierski erklärt in dem gleichen Atem: daß, was in Oberschlesien rechtens ist, in Polen und Pommern billig sein müsse, daß aber hier von einer 15jährigen Wohnfrist keine Rede sein könne. Das ist allerdings eine Logik, die das von Herrn Kierski so hart verurteilte Haager Tribunal ebensoviel wie ein anderer Sterblicher begreifen wird.

4. Besonders kostlich ist die Kierskische Beantwortung der Frage, warum der Friedensvertrag in diesem Punkte anders entscheidet als es der Entdeutschungspolitik des Westmarkvereins befiehlt. Daß es in Versailles "Ausgestreute Einflüsse der Deutschen" gegeben habe, ist eine Behauptung, die Herr Kierski humoristischer Ader alle Ehre macht.

Wir glauben, daß sich die Optantenbestimmung des Art. II, die sich von einer Regelung der gleichen Angelertheit in anderen Ländern wesentlich unterscheidet, vor allem durch die Tatsache erklären läßt, daß es in unserem Lande derart einzigartige Erkenntnisse wie Herr Kierski gibt. Wir haben z. B. nichts davon gehört, daß anderswo in ähnlicher Form die Ausweisung der Optanten verlangt wird.

5. Herr Kierski versucht, daß die meisten Optanten keine formell richtige Optionserklärung abgegeben haben und daher zum größten Teil keine Ausländer, sondern Staatenlose geworden sind. Mit der Erledigung dieses Problems werden sich in erster Linie die Warschauer deutsch-polnischen Verhandlungen über die Optantenfrage oder falls diese scheitern sollten, die zuständigen Organe des Völkerbundes befassen müssen.

6. Zu dieser Teilstellung des Optantenproblems verweisen wir auf die Optionsbestimmungen des Wiener Kongresses, die in einer Zeit, als es noch keinen Völkerbund, keine Demokratie und keinen Wilsonspunkt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gab, den polnischen Optanten in den drei Teilungsmächten nicht eine einjährige, sondern eine sechsjährige Optionsfrist gewährte (vgl. den Schlüßel des Art. "Material zu den Genfer Verhandlungen IV" in Nr. 49 der "Deutschen Rundschau" vom 28. 2. 1924). Soll diesmal — um einen von Herrn Kierski gebrauchten Satz zu wiederholen — für die deutschen Optanten nicht das recht sein, was für die polnischen Optanten bereits vor hundert Jahren billig war?

Abrüstungsnotstand in Deutschland.

Aus Paris wird der PAT gemeldet: "Auf der in Gegenwart des Marschalls Foch beendeten Sitzung des Botschaftsrats wurde der Text einer für Deutschland bestimmten Note wegen Aufnahme der militärischen Kontrolle festgesetzt, in der in allgemeinen Umrissen der britische Vorschlag in dieser Angelegenheit übernommen wurde. Die Note wurde der deutschen Regierung bereits übermittelt. Sie unterrichtete die Berliner Regierung von einer baldigen Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle und verlangt für die militärische Interalliierte Kommission das Recht, auf dem ganzen deutschen Gebiet Untersuchungen anzustellen, ob Deutschland im Jahre 1922 neue kriegerische Vorbereiungen begonnen hat und ob der gegenwärtige Stand der Abrüstung als endgültig betrachtet werden kann. Wenn die deutsche Regierung der Kommission dieses Recht nicht zuerkennt, und wenn andererseits die Ergebnisse der Untersuchung negativ ausfallen, so werden die Alliierten die Militärikommission durch ein Garantiekomitee oder durch einen ihm entsprechenden Organismus von beschränkter Beamtenschaft entsprechend den Vorschlägen ersehen, die Deutschland im Jahre 1922 gemacht wurden. Vorher indessen muß Deutschland fünf Forderungen Genüge leisten, die in der Note von 1922 enthalten sind und die sich u. a. auf eine Änderung der Geheimhaltung beziehen, auf die Ausfuhr von Waffen und auf die Entmilitarisierung der Polizei.

Nach der "Chicago Tribune" hat die dem deutschen Botschafter übergebene Note der Botschafterkonferenz ungefähr folgenden Inhalt:

Das Reich wird aufgefordert, auf die Note der Botschafter vom 17. Januar unverzüglich zu antworten. Das Reich muß ferner auf der Stelle ein Gesetz annehmen, auf Grund dessen die Herstellung von Waffen untersagt (1) wird. Ferner muß die Reichsregierung sämtliche militärischen Dokumente, die sich zur Zeit des Waffenstillstandes in Berlin befinden, den Verbündeten ausliefern. Deutschland hat sämtliche Munitionsfabriken in Friedensbetriebe umzuwandeln. Was die Schule anbelangt, so ist sie durch einen besonderen Gesetzestatut aufzulösen (1) und durch die Sicherheitspolizei zu ersehen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darf in Zukunft die Staatspolizei nicht länger herangezogen werden. Schließlich wird die Reichsregierung aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, wonach die Ein- und Ausfuhr von Waffen verboten wird. (1) Außerdem muß Deutschland die Reichswehr auf ein notwendiges Mindestmaß herabsetzen.

Von den französischen Morgenblättern wird die Note, obwohl ihr genauer Wortlaut nicht feststeht, sehr sinnig beurteilt. Es wird versichert, die getroffenen Besprechungen der Botschafter hätten gezeigt, daß eine Vereinbarung zwischen Frankreich und England in der Frage der interalliierten Militärkontrolle mit überraschender Leichtigkeit zu erzielen war. In der reichsdeutschen Presse wird die Stimmung zum Ausdruck gebracht, daß die alliierten Mächte es ausgesetzt verstehen, den Gegensatz zwischen ihrer Rüstungspolitik und dem entwaffneten Deutschland treffend zu beleuchten und gleichzeitig den extremanationalen Parteien Deutschlands für die kommenden Reichstagswahlen das nötige Rüstzeug an die Hand zu geben.

Ein Zwischenfall im Hitler-Prozeß.

Der Erste Staatsanwalt verläßt den Verhandlungssaal.

Aus München wird am 6. d. M. gemeldet: "Die Verhandlungen im Hochverratsprozeß gegen Hitler und Ludendorff haben durch die vom Beginn des Prozesses an hervortretenden Gegensätze zwischen einem Teil der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft zum offenen Ausbruch eines Konfliktes geführt der auch die nicht gerade starke Verhandlungsleitung mit hineinzieht.

Nach etwa zwanzigminütiger Verhandlung, nachdem im Saal die üblichen Erklärungen von den Verteidigern abgegeben worden waren, beginnt Justizrat Kohl's Plaidoyer für Hauptmann Weiß, den früheren Herausgeber

des "Heimatland", der Zeitung Fahr, um klarzustellen, daß Weiß nicht, wie er beschuldigt wird, als Pressesieger der Hitler-Regierung in Ansicht genommen war. Justizrat Kohl führt aus, Hauptmann Weiß sei monatelang Fahr's Mitarbeiter gewesen, als Herausgeber des "Heimatland". Die Verhaftungen würden immer damit begründet, der Angeklagte habe sich den Zugriffen durch die Polizei entzogen. Niemand, der in diese Angelegenheit verwickelt sei, werde einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung sich entziehen, aber man könnte sich nicht stellen, weil Fahr jeden in Schutz nehmen; es müsse klargestellt werden, wie dieser Mann aufs Ünerhörteste die Macht über Bayern missbraucht habe. "Herr Staatsanwalt, warum wird Fahr nicht verhaftet, den die Blitschulz vom 9. November trifft?"

Erneut unterbricht ihn der Vorsitzende mit den Worten: "Herr Justizrat, das gehört nicht zu unserer Sache." Erregt ruft Kohl: "Das gehört wohl zu unserer Sache." Dann fährt er fort, Weiß sei monatelang Fahr's Mitarbeiter gewesen, als Herausgeber des "Heimatland". Die Verhaftungen würden immer damit begründet, der Angeklagte habe sich den Zugriffen durch die Polizei entzogen. Niemand, der in diese Angelegenheit verwickelt sei, werde einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung sich entziehen, aber man könnte sich nicht stellen, weil Fahr jeden in Schutz nehmen; es müsse klargestellt werden, wie dieser Mann aufs Ünerhörteste die Macht über Bayern missbraucht habe. "Herr Staatsanwalt, warum wird Fahr nicht verhaftet, den die Blitschulz vom 9. November trifft?"

Erneut unterbricht der Vorsitzende den Verteidiger, aber der gewandte Justizrat weist unbeirrt seine Worte zu Ende zu führen und erklärt, er werde im Plaidoyer darauf zurückkommen. Der Vorsitzende meint mit vollem Recht, das gehörte allerdings gerade zum Plaidoyer. "Jawohl", sagt Kohl, "im Plaidoyer werde ich dann so sprechen, daß alle Zuhörer, Gericht und Staatsanwaltschaft, die Wahrheit hören."

Erster Staatsanwalt Stenglein erhebt sich, bebend vor innerer Erregung, zu einer Erklärung. Er beginnt zunächst ruhig mit schärfer kantiger Stimme: "Ich bin während dieses Prozesses der Gegenstand der schimpflichsten und schärfsten persönlichen Angriffe gewesen. Ich habe mich bemüht, mit meinen Erwiderungen zurückzuhalten, um den Gang der Verhandlungen nicht zu stören und der Sache zu dienen." Mit laut erhobener Stimme:

"Heute ist das Maß voll."

Die Erregung überwältigt den Staatsanwalt darum, daß es ihm nicht mehr gelingt, den nächsten Satz abgerundet zu sprechen. Er stammelt "nd sieht die Worte hervor: "Man hat mir Verhaftungsfimmel und ähnliche Sachen vorgeworfen."

Dann gibt der Erste Staatsanwalt mit klarer sicherer Stimme die Erklärung ab: "Als Vorstand der Staatsanwaltschaft München I erkläre ich, daß ich mich nicht mehr an solcher Verhandlung beteilige. Ich bitte" — er wandt sich an den neben ihm sitzenden Staatsanwalt Schärdt — "Sie, Herr Kollege, die weitere Vertretung der Staatsanwaltschaft zu übernehmen." Damit verläßt er seinen Platz, geht aus dem Saal heraus, und während schon der Vorsitzende die nächsten Worte spricht, hört man die Tür laut ins Schloß fallen.

Staatsanwalt Schärdt erhebt sich und erklärt, er müsse sich die Stellungnahme noch vorbehalten und bittet, die Sitzung zu unterbrechen, damit er sich mit seiner vorgesetzten Behörde in Verbindung setzen könne. Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger Justizrat Kohl und dem Vorsitzenden wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Justizrat Kohl, daß es ihm fern gelegen habe, den Staatsanwalt Stenglein irgendwie zu kränken oder zu verleben. Justizrat Schärdt gab eine Erklärung ab, wonach auch die übrigen Verteidiger lebhaft bedauerten, daß dem Justizrat Kohl die Ausdrücke entfloßen seien, die die Staatsanwaltschaft als Bekleidung empfunden habe. Die Sitzung wurde dann bis Freitag vormittag unterbrochen.

Eine französisch-polnisch-tschechische Intervention?

Polnische Blätter melden am 5. d. M. aus Berlin: Die "Welt am Montag" berichtet nach dem Pariser Journal, daß, wenn am 8. November 1923 der Putsch Hitlers und Ludendorffs gelungen wäre, eine Intervention Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei gesichert gewesen wäre. Falls die Reichswehr sich dem Putsch angeschlossen hätte, hätten die genannten Staaten intervenieren müssen, um die militärisch-monarchistische Gefahr im Reime zu ersticken, die Mittel Europa bedrohte. Als die ersten alarmierenden Nachrichten aus München verbreitet wurden, erfolgte zwischen Paris, Warschau und Prag eine Verständigung über eine bewaffnete Intervention.

Die polnischen Blätter fügen dem hinzu, daß von anderer Seite von einer derartigen, angeblich beabsichtigten Aktion nichts zu hören sei. — Wir möchten die Richtigkeit dieses Gerüchtes bezweifeln. Polen und die Tschechoslowakei haben wiederholt bekundet, daß sie nicht daran denken, sich in die innerpolitischen Verhältnisse ihrer Nachbarn einzumischen, ein Standpunkt der ebenso verständig wie korrekt erscheint.

Republik Polen.

Aus dem Sejm.

Warschau, 7. März. (PAT) In der gestrigen Sitzung des Sejm wurde die Debatte über das Arbeitsschlafverbot fortgesetzt. Fast alle Redner erklärten sich für die schleunige Verabschiebung des Gesetzes. Es wurden verschiedene Verbesserungsanträge eingereicht, u. a. auch ein Antrag, in dieses Gesetz auch die geistigen Arbeiter mit einzubeziehen. Vizeminister Klarner erklärte, daß es augenscheinlich nicht möglich wäre, das Gesetz auf alle Kategorien von Angestellten auszudehnen, da sonst für diesen Zweck ein erheblicher Betrag geopfert werden müßte, wovon die Hälfte der Staat und die andere Hälfte die Selbstverwaltung tragen müßte. Die weitere Debatte wurde zur nächsten Sitzung vertagt, die am heutigen Freitag stattfindet.

Insammenlegung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Eisenbahoministeriums.

Warschau, 5. März. Wie die "Nowa Reforma" erzählt, soll die Liquidierung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Eisenbahoministeriums in folgender Weise ausgeführt werden: Beide Ministerien sollen in ein neues Ministerium zusammengefaßt werden. Die Tätigkeit dieses Ministeriums soll sich auf das erstrecken, was bisher den beiden aufgelösten Ministerien oblag. Gewisse Geschäfte aber, die bisher im Ministerium für öffentliche Arbeiten erledigt wurden, sollen auf andere Verwaltungsbehörden übertragen werden. Die Benennung des neuen Ministeriums ist zurzeit noch nicht festgesetzt.

Das Gesetz über die Einführung von Schwurgerichten.

Die Rechtskommission des Sejm setzte Mittwoch die Beratungen über den Gesetzentwurf betreffend die Einführung von Schwurgerichten im ehemaligen Kongresspolen und im ehemaligen preußischen Teilgebiet fort. Nach einer längeren Diskussion wurde beschlossen, eine Unterkommission zu wählen, die zusammen mit einem Vertreter der Kodifikationskommission sich mit den beiden Projekten befassen soll. Im Anschluß daran referierte Abg. Piechocki (Christliche Demokratie) über den Gesetzentwurf betreffend die Änderungen im Statut für Rechtsanwälte im ehemaligen preußischen Teilgebiet.

Bromberg, Sonnabend den 8. März 1924.

Pommerellen.

Tagung pommerellischer Städtevertreter.

Die vierte Zusammenkunft pommerellischer Städtevertreter fand dieser Tage in Graudenz statt. Anwesend war u. a. als Vertreter der Regierung Dr. Sikorski, Delegent für Selbstverwaltung im Ministerium. Die Hauptgegenstände der Beratungen bildeten die in Ausarbeitung befindlichen Gesetze über die Selbstverwaltung und das Kommunalwahlrecht. Betreffs des Wahlrechts, dem der Entwurf das Pluralmahlsystem zugrunde liegt, waren die Ansichten geteilt. Während ein auswärtiger Bürgermeister dieses Systems, das bekanntlich den bestehenden und gebildeten Schichten mehrere Stimmen zugeteilt, also den Grundsatz absoluter Gleichheit ausgeschaltet wissen will, vertheidigte, traten namentlich die Graudenser Vertreter für Wahlen auf rein demokratischer Grundlage ein. Was das Geleis über die Selbstverwaltung anbetrifft, so hoben die Graudenser Vertreter hervor, daß durch die Unifizierung dieser Materie das frühere preußische Teilgebiet, das schon seit langen Jahren sich der Selbstverwaltung erfreut, in manchen Punkten in Nachteil gerate. Dr. Sikorski erläuterte die beiden Regierungsprojekte nach allen Richtungen und gab für die einzelnen Punkte die Begründung. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, in der die Forderungen der einzelnen Städtevertreter ausgesprochen waren.

7. März.

Graudenz (Grudziadz).

■ Vom Wochenmarkt. Trotz des Aschermittwochs war der Wochenmarkt gut besucht und gut besucht. Bei einigen Lebensmitteln zeigte sich Knappheit. Butter war stark gefragt und der Bedarf wurde bei weitem nicht gedeckt. Es scheint das eine Folge davon zu sein, daß am vorigen Wochenmarkt von den uniformierten Polizeieinschülern die Butterverkäufer angehalten wurden, den geforderten Butterpreis von 3 Millionen auf 2,5 zu erhöhen. Dem Anschein nach wird die Butter anderweitig verkauft, auch in den eigenen Wirtschaften verbraucht. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 3,0–3,2, Eier 2,8–3,0, Glumpe 600 000, Kartoffeln 5,5, Mohrrüben 250 000, rote Rüben 250 000, Brücken 150 000, Zwiebeln 500 000 bis 600 000, Weißkohl 200 000, Rotkohl 300 000, Käpfel 0,5–1,0, die Knolle Sellerie 0,5–1,0, Porree 100 000–200 000. Als Neuheit des kommenden Frühjahrs konnte man auch frische Radisches ansehen. Das kleine Bündchen kostete 1,5 Mill. Auf dem Fleischmarkt waren sehr schöne lebende Schleie mit 2,8 zu kaufen. Bratfische, Barsche und Weißfische kosteten 0,8 und 0,6. Große Nachfrage war nach grünen Heringen. Man merkt daran, daß die Fasenzeit ihre Schatten voraus wirkt. Die einzige Verkäuferin wurde bestürzt. Man zahlte 1,8 für das Pfund. Geflügel verschwindet immer mehr. Für Hühner wurden 6–7 Millionen gefordert. Der Fleischmarkt war wieder gut besucht. Es waren folgende Preise notiert: Schweineschinken 1,4, Speck 1,7, Rindfleisch 2,5, Schweineschmalz 2,8, Klops 1,6, Rindfleisch 1,6–1,8, Hammel 1,5, Kalbfleisch 1,0–1,1. Zum ersten Male wurde auf dem Getreidemarkt Fleisch angeboten. Es war dort eine Fleischbude aufgebaut. Händler verkauften Kunstfett mit 1,9 bis 2,1 Millionen. *

■ Preissteigerung für Materialwaren. Wegen Bezeichnung des Zolles auf Grund der Goldwährung ist neuerdings wieder eine Preissteigerung für verschiedene Materialwaren zu verzeichnen. Besonders Zucker, Salz, Kaffee und Heringe sind wieder teurer geworden. *

■ Infolge der Arbeitslosigkeit nimmt die Bettelreihe immer mehr zu. Bei Eintritt milderer Witterung setzt die Straßenbettelreihe wieder stärker ein, auch die Hausbettelreihe wird stärker. Es tritt sogar ein gewisser Ansturm von Stadt und Land ein. Bettler vom Lande kommen zur Stadt und andererseits gehen städtische Bettler auf dem Lande ihrem traurigen Gewerbe nach. *

* Hinrichtung. Donnerstag früh wurde auf dem hiesigen Fort "Fürst Westwin" der Gemeine im 81. Infanterie-Regiment Roman Brzozowski aus Kongreßpolen

wegen Raubmordes, begangen an seinem Arbeitgeber Stanislaus Lesniawski in Murzyn, durch Erschießen hingerichtet.

■ Auf der Stromrinne der Weichsel treibt nur vereinzelt Eis. Da das Wasser wesentlich gefallen ist, liegt die Eisdecke fast auf den Sandbänken. *

Thorn (Toruń).

■ Zwei interessante Gerichtsverhandlungen in Sachen der "Nationalkirche" fanden am 4. d. M. hier statt. Im ersten Prozeß lagte der bisherige Stadtpräsident, Rechtsanwalt Michałak, gegen den Organisator der Nationalkirche, Hajduk, wegen Bekleidung. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Im anderen Prozeß lagte der Wojewode von Pommerellen, Herr Jan Brejski, gegen den Redakteur Borowczyk des hiesigen "Slowo Pomorskie", weil er sich durch einen in dieser Zeitung erschienenen Artikel unter der Überschrift "Hinter den Kulissen der Nationalkirche" beleidigt fühlte. Nach fünfständiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt, das gleichfalls auf zwei Wochen Gefängnis lautete. Der Verurteilte legte dagegen Berufung ein. **

■ Von der Weichsel. Der Wasserstand geht weiterhin langsam zurück und betrug am Dienstag 1,22 Meter, am Mittwoch früh 1,21 Meter über Null. Infolge des anhaltenden Tauwetters haben sich große Pflügen auf dem immer noch aufgefrorenen Strom gebildet, so daß der Übergang für Fußgänger polizeilich verboten wurde. Nichtsdestotrotz wird der Strom aber immer noch in allen Richtungen überquert. **

■ Aus dem Dresdner Winkel, 5. März. Viel Schaden erleiden die hiesigen Kampenbesitzer, denen des nachts die besten Weiderruten gestohlen werden. Aber auch dammende Stücke werden entwendet. Die Polizeiposten sind machtlos, da bei dem Reflexlicht des Schnees jede Annäherung der Polizeiposten von den Dieben schon von weitem gesehen wird.

■ Dirschau (Działdowo). 6. März. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am letzten Sonnabend in Pelpin. Die im 15. Lebensjahr stehende Tochter des dort wohnhaften Bäckermeisters Albert Hinz litt an einer leichten Hauterkrankung, zu welchem Zwecke ihr am Abend nach einem vorherigen Bade von ihrer Mutter der Körper mit Spiritus abgerieben wurde. Hierbei kam das junge Mädchen unglücklicherweise einem in der Stube stehenden eisernen Ofen zu nahe und sofort stand sie als eine Feuerfalle da. Trotzdem die Mutter dem brennenden Kind sofort eine Decke umwarf, hatte sie in dem Augenblick doch schwere Brandwunden erlitten, die ihre Überführung in das dortige Krankenhaus notwendig machten. Die erlittenen Verlebungen waren jedoch so schwer, daß sie an den Folgen nach furchtbaren Schmerzen am Montag abend starb.

■ Gorzno (Kr. Strasburg), 5. März. Der Auftrieb von Vieh auf dem gestrigen Monatsmarkt war nur gering. Werde und Kinder fehlten; nur mehrere 8–14 Tage alter Kälber zu 15–25 Mill. M. waren vorhanden. Schafe wurden zu 40–60 Mill. M. angeboten. Mastschweine fehlten gleichfalls. Es waren nur Läuferschweine zu 50–100 Mill. das Stück vertreten. Sangferkel von etwa 6–8 Wochen kosteten 20–30 Mill. M. das Paar. — Auf dem Geflügelstand wurden vorwiegend Hühner angeboten; Enten waren weniger. Gänse und Puten nur vereinzelt vorhanden. Bei den Geflügelpreisen war keine Veränderung zu verzeichnen. Butter und Eier waren im Preis gefallen. Das Pfund Butter, das in den Frühstunden mit 2,5 Mill. M. gehandelt wurde, sank infolge verstärkten Angebotes gegen Mittag auf 1,8–2 Mill. M., ebenso Eier von 2 auf 1,5 Mill. M. Die Fleischpreise waren unverändert.

■ Konitz (Chojnice), 5. März. Die Unsitte, das Papiergeld Lose in der Rocktasche aufzubewahren, hat einen jungen Herrn um seine ganze Barschaft gebracht. Beim Aussteigen aus dem Frühzug von Berlin bemerkte er auf dem Bahnhof Konitz erst den Verlust, und mußte die trübe Erfahrung machen, daß ein Langfinger ihm seine Barschaft, bestehend aus annähernd 18 Millionen Mark gestohlen hatte.

* Konitz (Chojnice), 4. März. Ein moderner Hans Sack, Inhaber einer Spezialwerkstatt für neuzeitliche Schuhreparaturen mit Hilfsmaschinen, erläßt im hiesigen "Tageblatt" folgende humoristische Anzeige: "Achtung! Dem geschätzten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich schwer- und leichtverwundete Stiefel unter Berechnung billiger Kur Kosten gründlich heile. Ferner durch Geradeziehen der Absätze meine Clienten vor einem schiefen Lebenswandel bewahre. Die von mir verarbeiteten Sohlen sind hart wie Kochherdplatten. Die von mir gelieferten Stiefel zieren den Fuß wie die Unschuld das Gesicht des Kindes. Mein Bestreben ist, die werte Kundenschaft dauernd auf den Beinen zu erhalten."

Konarakpolen und Galizien.

■ Warschau (Warszawa), 6. März. Der Wasserstand der Weichsel bei Krakau ist, da das Eis sich in Bewegung gesetzt hat und Verstopfungen eingetreten sind, um 1,60 Meter gewachsen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Wasser noch weiter steigt. In Warschau hat sich ein Spezialkomitee gebildet zur Beobachtung der Wasserhöhle in der Weichsel. Heute vormittag werden Appareure das Weichselsee in der Nähe der Stadt sprengen. Die Bewohner der am meisten bedrohten Ortschaft, der Vorstadt Sierkiet, sind bereits ausquartiert worden. Auch andere mehr oder weniger bedrohte Ortschaften werden im Bedarfsfalle geräumt werden.

* Łódź, 4. März. Der hiesige bekannte Kaufmann Finkelstein in der Cegelniana-Straße 81 stellte Wechsel auf die Summe von 60 Milliarden Mark aus. Gestern waren die Wechsel fällig, aber Finkelstein löste sie, wie die "R. L. B." berichtet, auch nicht ein, davon ein. Auf Antrag der Gläubiger wurde Finkelstein in Haft genommen. — Da in den letzten Tagen von den Dorfbewohnern in der Dobzer Umgebung wiederholt ganze Rudel Wölfe gejagt wurden, von denen sogar ein Landwirt zerfressen wurde, haben die Kreisbehörden Treibjagden auf diese Bestien angeordnet.

* Łódź, 5. März. Über ein Schwefelfäurettat ist einer kretigenen Braut berichtet die "R. L. B.": Die in der Kiliusstraße 81 wohnhafte 21jährige Marianna Stefańska war mit einem im gleichen Hause wohnhaften Arbeiter verlobt. Sonntag erfuhr sie, daß ihr Bräutigam am Montag sich mit einem anderen Mädchen trauen lassen werde. Von Verzweiflung getrieben, entwendete sie dem Jungkreuz die Papiere, um ihm so die Möglichkeit zu nehmen, sich trauen zu lassen. Nicht genug damit, bevorzte sie sich eine ätzende Flüssigkeit, die sie dem falschen Verlobten ins Gesicht goss. Ohne sich davon überzeugt zu haben, ob ihre Nachte auch gewirkt habe, eilte sie nach Hause, wo sie, um sich das Leben zu nehmen, Terpentin trank. Im Rettungswagen mußte sie ins Poznański Krankenhaus geschafft werden, während ihrem ehemaligen Bräutigam nichts Ernstes passiert war. Die Hochzeit konnte jedoch nicht stattfinden.

* Łowisch (Łowicz), 4. März. Das Erstieben von Hunden in den Straßen der Stadt hat endlich aufgehört. Die Bevölkerung erlebt solche Überraschungen jede Stunde, was großen Unwillen hervorruft. Das bewog die Behörde, den Schießerei ein Ende zu machen. — Dr. Stanislawski ist seinem ärztlichen Beruf zum Opfer gefallen, und zwar hat er sich an einem Typhuskranken angesteckt. Wenige Tage darauf starb er.

Kleine Rundschau.

* Die aufgelöste Verlobung. In dem "Soester Anzeiger", so schreibt der "Kladderadatsch" im Briefkasten seiner letzten Nummer, lesen wir folgende Anzeige: "Meine Verlobung mit dem Pol.-Obermachtmeister Dietrich L. Ipkendanz ist von mir aufgelöst. Berta Baumgart, Soest, 21. Jan. 1924." — "Für die Auflösung meiner Verlobung seitens Fr. Berta Baumgart, sowie auch für die mir aus diesem Anlaß überstandene Glückseligkeit spreche ich an dieser Stelle meinen allerherzlichsten Dank aus. Dietrich L. Ipkendanz." Berta schwimmt in Bonne ganz.

Ebenso der Ipkendanz!
Und sogar das ganze Soest
Ist von Heiterkeit umstoß. Prost!

Edendorfer Kunkelsamen gelb und rot, Orio Substantia, Futterrübensam. sämtliche Feld-Sämereien, Kalisalz und Superphosphat bietet an London. Ein- und Berliner-Bereich Bndoszce. Dworcowa 30. Lager: Bielawka. Telefon 100.

Frauenkleider Szczecin (Scherpingen) Post Radosin, Kreis Tczew (Dirschau), Lehrgänge für ländliche Hauswirtschaft, Geflügelsucht, Gartenbau. Ausbildung zur Schul- und Penitenzial 4 Zentner Roggen. Auskunfts-Schulpläne durch die Vorsteherin Ingeborg von Gildenfeldt.

Brotos-Automobil 10/30 P. S. mit elektrischem Licht, Spitzföhler, 6-fach bereit, fahrfertig, in einwandfreiem Zustande sofort für 9 Milliarden zu verkaufen.

Smigielski, Świecie (Pomorze) Telefon 135.

Danziger Roggenrenten-Bank Altien-Gesellschaft. Die auf Dienstag, den 11. d. Mts. nachmittags 1 Uhr, einberufen General-Versammlung der Danziger Roggenrenten-Bank A.-G. findet nicht statt. Danzig, 6. März 1924. Danziger Roggenrenten-Bank A.-G. Der Vorstand des Aussichtsents. Moeller.

Frischer Samen von Gemüse, Blumen usw. ist eingetroffen. Haupt-Preisverzeichnis 1924 ist erschienen.

Ernst Raymann Danzig-Langfuhr. Fernsprecher 1631.

Thorn.

Die Thorner Vereinsbank in Toruń

Sp. z o. odp.

eröffnet nach dem Kurse des Goldfranken, bei täglicher Kündigung

Zloty - Konten in laufender Rechnung

zu den höchsten Tageszinsen.

Werbeständige Zloty-Spareinlagen werden, ohne Abzüge, je nach Kündigungsfrist

= bis zu 15% jährlich verzinst. =

Erteilung von Krediten in Polenmark u. in Zloty.

Annahme von Zeichnungen auf die

Aktien der Bank Polski.

Verkauf von Steuerbons und Obligationen der 10% Eisenbahn-Anleihe.

Haustausch!

3std. Wohnhaus in Samborn (Dirschau) mit gutgeh. Manufakt., Engros-Geschäft und Schneiderei. Hauptstr. 1, geg. gleichw. Grundstück in Polen 2 tauschen gelüft. Bevorz. Toruń, Bndoszce, Grudziadz.

B. Kordowski, Toruń, Mieleszowica, Wellenstr. 135.

Heringe

2294

Zucht geeign. Fuchs, Rett., Stern, hinten w. Strümpe, 4 Jahre alt, Warmblüt, Abtamm. Papiere vorhd., verf. C. Panegran, Görsl., p. Rozgarty, p. Toruń.

Telefon 908, 914.

Streichhölzer

2294

offeriert billigst. L. Szymański, Toruń, Zgorzała 3.

Telefon 908, 914.

Seife

2294

Suche zu laufen: Leppich u. Klabier. Zgierz, unt. "G. 41003" an Ann. Exped. Wallis, Toruń.

Telefon 2417.

Schmiedeföhlen

2294

offeriert billigst. L. Szymański, Toruń, Zgorzała 3.

Telefon 908, 914.

Hengst

2291

z. Zucht geeign. Fuchs, Rett., Stern, hinten w. Strümpe, 4 Jahre alt, Warmblüt, Abtamm. Papiere vorhd., verf. C. Panegran, Görsl., p. Rozgarty, p. Toruń.

Telefon 908, 914.

Montag, den 10. März, Mittwoch, den 12. März,

von 10 bis 12½, Uhr erbüte

Rauf- oder Kommissions-Angebote

altertümlicher Gegenstände

in Gilber, Borzellon und Glas.

Rosa Grünig, Grudziadz, Stora 15, II, 1. Seiteneingang.

Linoleum für Fußböden, einfarbig und gemustert, in Breiten von 1 bis 2 Meter; desgleichen

Lisch-Linoleum hat abzugeben

P. Marschler, Grudziadz, Platz 23-go Szemja 18. Tel. 517.

Thomas French, Grudziadz, 221

Deutsche Bühne, Grudziadz G. B.

im Gemeindehaus abends 7½ Uhr

Sonntag, 9. März 1924

„Jugendfreunde“

Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Mittwoch, 12. März 24

Zum ersten Male

„Heimat“

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Sonntag, 16. März 24

Zum letzten Male

„Jugendfreunde“

Das landwirtschaftliche Institut in Bromberg.

Bekanntlich besteht die Absicht (oder richtiger: sie ist bereits durchgeführt), das bestige landwirtschaftliche Institut zum größten Teil von hier wegzunehmen und nach Puławy (in der Wojewodschaft Warschau) zu verlegen. Gegen diesen Plan haben sich zwar wichtige Stimmen erhoben, u. a. sprachen sich der Präsident des Landwirtschaftsministeriums Koziewski und der Bromberger Stadtpresident Dr. Sliwiński gegen dieses Projekt aus; aber ihre Bemühungen hatten keinen Erfolg.

Nun nun der Stadt Bromberg und den landwirtschaftlichen Interessen die Maßnahme schmächer zu machen, ist ein Krakauer Professor, Dr. Marchlewski, in unserer Stadt erschienen und hat zur Rechtfertigung der Maßnahme einen langen Vortrag gehalten. Die Gründe aber, die er vorbrachte, waren recht wenig durchschlagend, und dem "D. Endoński" fällt es denn auch nicht schwer, sie im einzelnen zu entkräften. Aus den zusammenfassenden Ausführungen des Blattes möchten wir das Folgende hervorheben:

"Die Phrase, daß in Bromberg die „deutschen Mauern“ zu rütteln, bleibt Phrase. Professor Marchlewski vergaß nämlich, daß in Bromberg auch die deutschen Steine geblieben sind... Nicht die Mauern und die Steine entscheiden über das Volkstum, sondern derjenige, der sich ihrer bedient. Gewisse Anspielungen auf uns Posener und Pommerner sind ganz und gar nicht am Platze, zumal sie ein Pole aus Krakau macht, dessen Bruder ein hoher polnisch-wirtschaftlicher Würdenträger ist."

Zum Schluss muß etwas deutlich gesagt und unterstrichen werden: Wo gibt es in Polen die aröhten Enten, und wo ist die Bevölkerung am arbeitsamsten, und wo ist sie einer solchen Lehranstalt würdig? An erster Stelle stehen in diesem Betracht das Posener Land und Pommern allein, denn auf den Hektaren fällt hier am meisten Weizen und Roggen, und weit hinter diesen Wojewodschaften kommt erst Wolhynien. Sind die betreffenden Auffassungen dem Herrn Prof. Marchlewski nicht bekannt, oder will er sie nicht kennen? Die ganze Frage des landwirtschaftlichen Instituts stellt sich so dar, als ob man bewußt unser Teilstück schlechter behandeln wollte, als andere, obgleich die Erträge, die Fülle der landwirtschaftlichen Mittel und der Arbeit uns an die erste Stelle in ganz Polen stellen."

Die Tatsachen, die hier dem Krakauer Professor und damit den Urhebern des ganzen Planes entgegengestellt werden, sind unüberleglich. Das Posener Land und Pommern sind die wirtschaftlich und kulturell am höchsten stehenden Teile Polens. Woher mag das wohl kommen? Klimatisch, der Bodenzusammensetzung nach und in oro- und hydrographischer Beziehung stehen diese Landesteile genau so da wie das weite Gebiet Kongresspolens. Warum also der wirtschaftliche Abstand? Sollte da nicht doch der *tit* deutsche Einfluss trotz des schlechten Bezeugnisses, das ihm Graf Bünzki und andere aufstellen, die dem früheren Name jede Kultur absprechen und den Ruf der deutschen Verwaltung gleich Null seien, eine gewisse Rolle spielen? Man fragt den einfachsten polnischen Bauer, von wem er die zweitmächtigste und den höchsten Ertrag verbürgende Bearbeitung seiner Scholle, die Verbesserung seiner Viehzucht und vor allem Ordnung in seinem Betriebe gelernt hat, und man wird Bescheid erhalten. Dass das Posener Land und Pommern wie auf allen anderen Gebieten so auch auf dem landwirtschaftlichen in Polen den höchsten Rang einnimmt, ist das Ergebnis jahrelang er unermüdlicher volksaufklärender Arbeit, die in der Schule einsetzte und von hier aus auf alle Lebendgebiete, und natürlich auf das den gegebenen natürlichen Voraussetzungen gemäß wichtigste Gebiet, nämlich die Landwirtschaft, in erster Linie hinuntergriff. Das ist ein historisches Faktum, das sich durch keine Dialektik aus der Welt schaffen lässt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Ortskal-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. März.

Zum Einkommensteuergesetz.

Wir berichteten kürzlich über die Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes. Inzwischen ist bereits eine neue Verordnung erschienen (D. Ust. 1924 Nr. 16), die den bisherigen unzureichenden Steuerkatalog für alle Einkommen, außer Dienstgehältern, Pensionen und Lohn- und lohnähnlichen. Die Besteuerung beginnt jetzt bei einem Jahreseinkommen von über 1875 Goldfr. mit 2 Prozent. Bei einem Einkommen von 5100 Goldfr. sind 3,8 Prozent, von 10 683 Goldfr. 6,7 Prozent, von 15 162 Goldfr. 8,9 Prozent, von 20 675 Goldfr. 10,7 Prozent, von 28 188 Goldfr. 12,8 Prozent, von 79 250 Goldfr. 25 Prozent zu zahlen.

Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers vom 28. 2. 24 (D. Ust. 1924 Nr. 19) wird die Frist zur Abgabe der Steuererklärung über das Einkommen und gleichfalls die Frist zur Einzahlung der Steuer für natür-

liche Personen und nicht übernommene Erbschaften bis zum 28. April verlängert.

* Die Steuereinkünfte in Polen sind in einem unerwarteten Tempo angewachsen, worauf die Zusammenstellung der letzten beiden abgeschlossenen Februarquellen hinweist. Während in der ersten Februardekade 276 Kassen an direkten Steuern 1 875 988 Goldfranks vereinnahmten, sind in der zweiten Februardekade von 149 Kassen über 5 961 089 Goldfranks erhoben. Dies sind noch nicht die ganzen Steuereingänge, zumal die Berichte von 125 Kassen noch ausstehen.

* Verband der Güterbeamten für Polen. Der Verband veranstaltete am Sonntag, 2. März, in Bromberg eine gemeinsame Versammlung der Güterbeamten für Polen und Pommern. Die Sitzung war von 80 Mitgliedern und Gästen besucht. Zuerst gab Dr. Wagner-Posen einen Bericht über die Generalversammlung des Verbandes in Posen, über Beitragssatzung, Stellenvermittlung, Lehrlingsprüfung, Vermittlung von Stellenangeboten und Nachfrage durch das "Centralwochenblatt", sowie die Regelung der Gehälter. An diesen Bericht knüpfte sich ein lebhafte Meinungs austausch. Dann hielt der Vertreter des Verbandes deutscher Genossenschaften, Verbandsrevieror Stein-Bromberg einen Vortrag über Genossenschaft und Landwirtschaft. Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Als letzter Punkt der Tagesordnung stand eine Besprechung technischer Fragen, die einen regen Gedanken austausch über Saatgutbau, Beizen der Saaten, Düngung der Felder, sowie Vermittlung der Fortschritte, die in der Landwirtschaft Deutschlands gemacht werden, bewirkten.

* Regelung der Fischkreise in Polen. Die polnische Regierung hat sich, wie die Danziger "Baltische Presse" schreibt, an die tschechoslowakische Gesandtschaft in Warschau mit dem Gründen gewendet, ihr die von der tschechoslowakischen Regierung zur Verbilligung der Fischpreise getroffenen Maßnahmen mitzuteilen. Die polnische Regierung plant, ähnliche Maßnahmen auch in Polen durchzuführen, da die von der tschechoslowakischen Regierung getroffenen Verkehrsregungen zur Folge gehabt haben, daß sich die Fischpreise in der Tschechoslowakei nahezu am billigsten von allen mitteleuropäischen Staaten gestellt haben.

* Winterliche Bilder konnte man heute früh, der Abwechslung halber, wieder einmal genießen, da ein kleiner nächtlicher Schneefall alles in ein helles Weiß gekleidet hatte. Insbesondere boten in den frühen Morgenstunden die mit Raureif bedeckten Bäume und Sträucher einen malerischen Anblick. Er dauerte freilich nicht lange; denn das Tauwetter sorgte schon dafür, daß der weiße Schmuck an den Zweigen sich ziemlich schnell verflüchtigte, und die Operation des Abschmelzens auf Fahrdämmen und Bürgersteigen ergab bald das bekannte üble Gemisch schmieriger Flüssigkeiten. — Die Erwartung, die man nach dem Witterungsumschlag vor einigen Tagen vielleicht noch begegnen konnte, daß nun doch endlich frühlingsähnliches Wetter sich bahn brechen werde, ist wiederum getäuscht worden durch die heutige winterliche Umwandlung. Wenn das so noch ein paarmal weiter geht, kann zu Ostern der Nadelbeetrieb noch in schönster Blüte stehen.

* Gestohlen wurden gestern auf einem Grundstück der Mühlenstraße (Mlyńska) drei Puten im Werte von 26 Millionen Mark.

* Festgenommen wurden gestern je zwei Personen wegen Diebstahls, angeblichen Straßenübersfalls und Bettelns, sowie drei Sittendirnen.

Vereine, Veranstaltungen ic.

D. S. f. A. u. B. Heute abend 8 Uhr im Zwischenkino: Niederabend Elisabeth Ohlhoff. Am Flügel: Emil Bergmann. Vorverkauf: Buchhandlung Peitz. (248)

Sportklub Verein für Fußball und Tennis Freitag, den 7. d. M., abends 8½ Uhr, bei Bichert Versammlung. (249)

Deutsche Schule Bydgoszcz, T. 2 für Sonntag ist nun endlich die erste, von so vielen anstreitungsbedürftigen Theaterbesuchern dringend herbeigewünschte Wiederholung des Schwankes von der Familie Hannemann" angelegt. (250)

* Bojanowo, 3. März. Der Magistrat macht nach einer Mitteilung des "Anzeigers" bekannt, daß alle Anträge und Gesuche, die an ihn gerichtet werden, einer Gebühr unterliegen, die in der Kämmereikasse zu bezahlen ist. Bis her waren bekanntlich nur an Staatsbehörden gerichtete Gesuche usw. stempelfrei. Da sich aber die Stadt in großer wirtschaftlichen Nöten befindet, hat der Magistrat notgedrungen obige Gebühren eingeführt.

* Kolmar (Chodzież), 6. März. Um der immer mehr sich steigernden Not abzuholen, ist durch Bemühung des Magistrats, des Vinzenzvereins und des Vereins "Caritas" in der Fortbildungsschule eine Volksküche eröffnet worden.

* Posen (Poznań), 6. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung berichtete Stadtv. Ballenstedt über die Schließung des Warschauer und des Kaschischen Tores und wies a. darauf hin, daß die Ausführung der Vorlage die Arbeitslosennot lindern werde. Die Abbruchkosten sind auf 800 Milliarden veranschlagt, wovon ungefähr zwei Drittel für das Abbruch-

material zurückläufen würden. Die Angelegenheit der Schließung wurde dem Erbauen des Magistrats überlassen und ein Kredit für den Abbruch in Höhe von 100 Milliarden bewilligt.

* Posen (Poznań), 4. März. Wertvolle Altertümer sind in der wurden dieser Tage bei Posen gemacht. Ein Landwirt grub auf seinem Acker vier Bronzearmringe, zwölf Ringe, zwei große Nadeln und einen besonders großen Ring aus. Nach Ansicht der Sachverständigen stammen die Bronzefunde aus dem 8. und 9. Jahrhundert. Sie wurden in das Posener Stadtmuseum überführt.

* Posen (Poznań), 6. März. Eine Ansammlung von Arbeitlosen erfolgte gestern nachmittag unmittelbar vor der Stadtverordnetensitzung vor dem Rathaus. Ihre Wünsche nach Arbeit legte eine Abordnung dem Stadtpresidenten vor. Diese Wünsche werden sich, da die Stadtverordneten gestern den Abbruch des Warschauer und Kaschischen Tores beschlossen haben, sehr bald erfüllen lassen.

* Zu dem Pistolenfall, das vorgestern früh in der Nähe von Wola bei Posen ausgefochten wurde, erfährt das "Pos. Tagebl." daß der im Duell Schwerverletzte, der 21-jährige Graf Heinrich Zoltowski, ein Sohn des Grafen Z., Besitzers von Bargow im Kreise Obrorn, ist. Er hat einen gefährlichen Schuß in die Hüfte gegeben und hat im Krankenhaus der Grauen Schwestern am Bernhardinerplatz Aufnahme gefunden, wo für sein Leben ernste Gefahr bestehen soll. Über die Person seines Gegners, sowie über die Ursache zum Duell verlautet bisher nichts Bestimmtes.

* Posen (Poznań), 6. März. Heute nacht brach in der Mühle in Główno ein großer Brand aus. Aus unbekannter Ursache entstand das Feuer im vierten Stock in dem Reinigungsraum der Mühle, von wo es sich mit unerwarteter Geschwindigkeit auf die anderen Stockwerke bis zu den Kellern verbreitete. Es wurden sofort die Feuerwehren alarmiert, vor allem die Posener, die auf der Stelle ausrückten. Die Aufgabe der Feuerwehr war sehr schwierig wegen ungewöhnlich dichten Qualms und bedrohlicher Gale. Im 3. Stock erlitten infolge Explosion von Gasen gefährliche Verbrennungen der Feuerwehrmeister Schwartz, der Feuerwehrsergeant Rydz und der Feuerwehrmann Szepiora, alle drei von der Posener Wehr. Die Verwundeten wurden in bedauernswertem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht. Dank übermenschlicher Anstrengung gelang es, nach mehrstündigiger Arbeit des Feuers Herr zu werden. Der Schaden ist beträchtlich genug, hätte indessen leicht einen gewaltigen Umfang annehmen können, denn neben dem vom Feuer ergriffenen Gebäudekomplex der Mühle befindet sich ein gewaltiger Speicher des Haupternährungsamtes, in dem 400 Waggons Getreide lagern. Dieser Speicher ist dank den Bemühungen der Feuerwehr unversehrt geblieben. Wie die Direktion der Mühle dem "D. Pozn." mitteilt, werden die Arbeiten in der Mühle nicht unterbrochen, da nur die Rettungsräume im 4. Stock vernichtet worden sind und man die in den anderen Stockwerken angerichteten Schäden wird leicht ausbessern können.

* Wirsitz (Burzysk), 6. März. Am 10. März, vor mittags 10 Uhr, findet im Hotel Marquardt in Osieki ein Händler in der Oberförsterei Naleś statt. Zum Verkauf gelangt Nadelholz aus dem Revier Bielawa Góra.

Aleine Rundschau.

* Der Amtschimmel. In Barnsdorf in Böhmen wurden im Mai 1923 die Impfungen ausgeschrieben und der Werkmeister Johann Palme erhielt die amtliche Aufforderung, seinen Sohn Anton Johann impfen zu lassen. Nun war Palme nicht in der Lage, der Aufforderung nachzukommen, weil das Kind bereits am 2. Januar 1922 gefordert wurde. Er ließ also das tote Kind nicht impfen. Deswegen wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Palme wendete ein, daß er doch nicht sein vor anderthalb Jahren verstorbenes Kind ausgraben könne, um es impfen zu lassen, ganz abgesehen davon, daß tote Kinder nur in den seltsamsten Fällen die Platten bekommen. Aber der Bezirksarzt schickte ihn zum Statthalterrat, jeder zogte die Achseln und bedauerte das Versehen, doch die Strafe wurde nicht aufgehoben. Schließlich empfahl man Palme, ein Gnaden geschafft zu machen. Palme hatte keine Lust, um Gnade zu bitten, weil die Behörde einen Unsin gemahnt hatte, und kümmerte sich weiter nicht um die Sache. Aber er hatte nicht mit der Hartnäckigkeit des Amtschimmen gerechnet, der, wenn auch langsam, so doch sicher auf sein Ziel losgeht. Vor kurzem erhielt Palme die amtliche Aufforderung, sich bis zum 15. Februar zum Strafantritt zu melden, widrigfalls er von der Gendarmerie abgeholt würde. Er hat also aufgrund vierzig Stunden im Hoch sitzen müssen, weil er kein Kind zur Impfung bestellen konnte.

Hauptredakteur: Gottbold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Brzegodzki. Druck und Verlag von A. Dittmann & C. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Hierzu "Die Scholle" Nr. 5.

in der rechten Tasche, wo er sie stets zu tragen pflegte, nur einen vorfand.

Wie der Blitz sei er in die andere Tasche gefahren, und dann wieder in die erste, und dann in die Rocktasche, und wieder in den Mantel — aber nichts, nichts — der andere Handschuh blieb verschwunden.

Jetzt stelle man sich vor: Hentautage einen Lederhandschuh mit doppeltem Daunenfutter zu verlieren — was das heißt!

Alle stellten es sich vor und seufzten tief.

Nun also — in diesem Augenblick sei es über ihn, Linnekogel, gekommen, daß doch alles, alles Schwindel und Bezug sei in der Welt, und da er gerade über die Harbrücke ging, habe er sich in seiner Wit und seinem Schmerz über die grauenvollen Zustände gesagt: Jetzt ist schon alles gleich! und habe den Handschuh — den Lederhandschuh mit doppeltem Daunenfutter — mit einem Schwung —

"Jesus, Maria und Josef!" schrie die Herzog-Max-Wirtin, die mit weit aufgerissenen Augen am Munde des Erzählers hing, — mit einem Schwung in die Witze geworfen!

Eine Pause allzeitiger Ergriffenheit trat ein. Die Männer tranken und sahen sich düster nickend an.

"Und was soll ich sagen?" begann Linnekogel von neuem und sah dabei mit einem solchen Ausdruck teuflischen Ingrimms um sich, daß der Wirtin Angst wurde — und was soll ich sagen: wie ich heimkommen und mich ausziehe, finde ich den anderen Handschuh — den andern Lederhandschuh mit doppeltem Daunenfutter — finde ich ihn in meiner linken Hosentasche."

"Herrgottskram!" schrien die Stammgäste Bichler und Moosbrugger wie aus einem Munde auf.

"Herr gothimikreitiskram!" wiederholte in dem Bestreben die andern zu übertrumpfen, der Herzog-Max-Wirt und schlug dreimal mit der Faust auf den Tisch, daß alle Gläser empor sprangen.

"Und da soll der Mensch", sagte nach einer Pause mit Grabesstimme der Stadtrat — und da soll der Mensch überhaupt noch an etwas glauben!"

traf sie von Linnekogel ein abweisender Blick, der sie erlöste.

Das Eis war nun gebrochen; der Stadtrat redete, und da er nun drei Männer und eine Frau um sich geschart sah, die seinen Offenbarungen mit Klasse ergebenheit lauschten, öffnete er endlich sein Herz und ließ sich, wie es seiner leidenschaftlichen Natur gemäß war, schrankenlos verströmen. Wie war es ehmal gesessen?

Da hatte man vormittags um neun beim Niederbräu seine sechs bis acht Schweinswürste mit Kraut gegeben und eine Maß dazu getrunken. Dann war man, wie sich's gehört, seinen Geschäften nachgegangen. Um elf hatte man beim Mattheser eine oder zwei Maß nebst einer Kleinigkeit zu sich genommen und dann hatte man im Krangialer ordentlich zu Mittag gefeiert und ein paar Maß dazu getrunken. Den Nachmittag hatte man auch auf gehörige Art verbracht und daß man am Abend etwas Kernhaftes zu sich nahm, das verstand sich von selbst.

So sei es gewesen, und wie sei es heute?

Linnekogel appellierte an die Männer: ob es nicht zum Himmel schreie!

Die Herren Bichler und Moosbrugger, sowie die Herzog-Max-Leute wollten die letzten sein, die es bezweifelten, daß Linnekogel recht hätte.

Die Wirtin wunderte sich im Grunde ihres Herzens, daß der Stadtrat nur so im allgemeinen aufgebracht war, denn sie hätte darauf schwören mögen, daß ihn ein aufwühlendes Erlebnis besonderer und privater Natur getroffen habe.

Als ob er die geheimsten Regungen ihrer Seele auf sich wirken fühlte, begann plötzlich der entfesselte Stadtrat von einem Erlebnis zu berichten, das seinem Glauben an eine gütige Vorsehung den letzten Stoß gegeben hatte.

Er war auf dem Wege von seinem Geschäft in Gedanken über einen wichtigen Abschluß vor sich hingegangen, als er auf einmal merkte, daß ihn an die Hände froh. Da hatte er mechanisch nach seinen Handschuhen in die Tasche gegriffen, nach den guten Lederhandschuhen mit doppeltem Daunenfutter, die ihm seine Frau vor zwei Jahren zu Weihnachten geschenkt hatte . . . und wer beschreibt sein Erleben, als er

Lederhandlung u. Schäftekfabrik Moritz Begach, Bydgoszcz

Kościelna (Kirchenstraße) 12.

Telephon 1807.

Sohleder in Hälften
Sohleder in Croupons
Bäuche
Hälse
Brandsohleder
Fahlleder

und alle Arten Schuhmacherartikel haben wir am Lager.
Ständigen Abnehmern geben wir Kredit.

Lackleder
schwarze u. braune Boxcalf
Schaffleder zu Fütterzwecken,
in verschiedenen Farben
Röß-Chevreaux
Röß-Box

2220

Verkäufer(in)

welche gleichzeitig besorieren kann, nur
erste Kraft mit langjähriger Praxis gesucht.
Offerter mit Zeugnisschriften erbeten an

Fa. Szmechel & Rozner,

Grudziądz, Wybickiego 2/4. 2477

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage habe ich eine

2416

Bier-Niederlage

aus der

Hugger-Brauerei T. A. in Poznań
eröffnet und liefere frei ins Haus Fah.-Biere wie
Arbeits-Poznanski u. Porter zu Konkurrenzpreisen.

Hochachtungsvoll

Stanisław Loga, Kujawska 7.

Arzt

in Deutschland
mit großer Praxis und
Wohnung in größerer
Stadt sucht m. Kollegen
in Polen zu tauschen.
Offerter unter C. 2481
an die Geschäftsst. d. J.

Wer übernimmt nach
auswärts sachgemäßes
Abziehen von
Stoffstücken?

Angeb. unter B. 2480
an die Geschäftsst. d. J.

Kirchenzettel.

Bedeutet anschließende
Abendmahlfeier.
Fr. - T. - Freitauften,
Sonntag, den 9. März 24
Involut.

Bromberg. Pauls-
kirche. Borm. 10 Uhr:
Sup. Ahmann. 11: Fr. T.
Stadtm. 4½ Uhr: weiß.
Jugendpflege im Konfir-
monialsaal. Donner-
tag, abends 8 Uhr: Paßions-
andacht im Gemeindesaal,
Pf. Hejellel.

Ev. Pfarrkirche. Borm.
10 Uhr: Pfarrer Seifel.
11½ Uhr: Fr. T. 12 Uhr:
Kinder-Gottesdienst. Nachm.
3 Uhr: Pfarrer Seifel.
Dienstag, abends 7½ Uhr:
Blautaufeversammlung im
Konfirmonialsaal.

Christuskirche. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst.
Pf. Lassahn. Nachm. 3
Uhr: Jugendbund. 6 Uhr:
Erbauungsstunde i. Pfarr-
haus. Mittwoch, abends
8 Uhr: Paßionsandacht.
Pf. Lassahn.

Pfarrkirche, Fran-
kenstraße 87/88. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst.
Pf. Lassahn. Nachm. 3
Uhr: Jugendbund. 6 Uhr:
Erbauungsstunde i. Pfarr-
haus. Mittwoch, abends
8 Uhr: Paßionsandacht.
Pf. Lassahn.

Ev. luth. Kirche, Po-
nenstraße 13. Borm. 10
Uhr: Lesegeottesdienst. Freitag
abends 7½ Uhr: Paßions-
gottesdienst. Pf. Paulig.

Gv. Gemeinde, Libelta
(Bachmannstr.) 8. Borm.
9½ Uhr: Gottesdienst.
Nachm. 4 Uhr: Lesegeottes-
dienst. 5½ Uhr: Jugend-
bund. Dienstag, abends
7½ Uhr: Gemüchter Chor.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Bibelpredigt.

Suche Stellung a. einem
Gute

als Gutselsretär,
Kassier oder dergl.
Bürobeschäftigung. In
freien Seiten habe Interesse
zur d. Wirtschaft

Oberbeamter

mit guten Zeugnissen
u. Empfehlungen aus
größ. Wirtsc. Weltfr.
Bin 33 J. alt, lath.,
ledig, d. poln. Sprache
in Mort. und Schrift
mächtig.

Fr. Falasta,
Lastspieß, pocza Łazek
(Pomorze).

Suche Stellung a. einem
Gute

als Gutselsretär,
Kassier oder dergl.
Bürobeschäftigung. In
freien Seiten habe Interesse
zur d. Wirtschaft

Rütscher

zu bald oder später.
Angebote unter T. 2441
a. d. Geschäftsst. d. J.

Suche z. 1. 4. 24 ob.
spät. Stell. als unver-

Photogr. Kunstanstalt

F. Basche, Okole-Bydgoszcz

Anfertigung erstklassig. Arbeiten.

NB. Die von gewissenlosen Hausierern beim

Publikum verbreitete Nachricht, daß die

Photographien in kurzer Zeit um mehrere

100% erhöht werden, beruht auf Unwahrheit.

Die Preise sind im Gegenteil ermäßigt. 5765

Zum 1. 4. zuverlässig.
unverh. evangelischer

Rechnungsführer

und Hosverwalter

der polnischen Sprache

in Wort und Schrift
mächtig, unter meiner

Zeitung gesucht. Mel-
dungen mit Zeugnis-
schriften, die nicht

zurückgelangt werden,
Lebenslauf u. Gehalts-
forderung an

Rittergutsbesitz. Beuer-
lów, Gralew., pow. Działdowo. 2482

Bon. sof. od. 1. April
wird ein 2488

ig. Mann

gesucht. Beding. Poln.
in Wort und Schrift.

Meld. schriftlich an die

Gutsverwaltung

Bolumni bei Dąbrowa.

Suche zum 15. 3. 24 zu
20 Stück Vieh einen

ordentlich verheiratet.

Schweizer

möglichst evangelisch.

Oster Küenze, Male Egytne, 2434

powiat Chełmno

Bahnhof Stolno. 2483

Suche zum 15. 3. 24 zu
20 Stück Vieh einen

ordentlich verheiratet.

Guts-
Schmied

mit Zuläufer und
eig. Handwerkzeug

sucht zum 1. 4. 2460

Rittergut Gadeca,
pow. Bydgoszcz.

Suche zum 1. 4. 24 zu
20 Stück Vieh einen

ordentlich verheiratet.

Gärtner,

34 Jahre alt, verh., 3 Kinder, tüchtig in sein.

Veruf, gesucht auf gute Empfehlungen, sucht

zwecks Änderung bisheriger Stellung eine

dauernde im Schloß, Gut oder in einer Gärtnerei.

Als Angebote erbieten an

W. Swiniarski, Siele, Kr. Innen. 5779

Suche zum 1. 4. 1924
oder auch später Stell.

Leiter eines

Haushalt 2486

Suche für sofort entl.

väter verheirateten,

zuverlässigen 2487

Gärtner, verh., d. b.

dsche, u. poln. Sprache

bin 33 J. alt, lath.,
ledig, d. poln. Sprache

in Mort. und Schrift
mächtig.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Bin 23 J. alt, ev., v. jung

auf im Fach. Off. unt.

C. 5750 an d. Gt. d. J.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.

Suche z. 1. 4. 24 ob.

spät. Stell. als unver-

Gärtner.